

## Die Proteste gehen weiter:

### Mehrheit im Stadtrat will Einschnitte bei Sozialem Diese StadträtInnen verstehen sich nur noch als RepräsentantInnen des wohlhabenden Karlsruhes

Die soziale Ungerechtigkeit nimmt zu – auch in einer reichen Stadt wie Karlsruhe

Doch die überwiegende Mehrheit der Gemeinderats weigert sich dies wahrzunehmen. Oder ist es ihnen schlichtweg egal?

Wie könnte man sich sonst erklären, warum eine Allianz von der AfD über CDU, FDP, SPD, Grüne bis zur KULT-Fraktion ein 400-Millionen-Sparpaket auf den Weg brachte, das vor allem Menschen mit geringem Einkommen, soziale Projekte und Kultur trifft. Einzig die beiden StadträtInnen der Linken stimmten gegen.

Für teure Prestigeprojekte hat die Stadt aber weiterhin Geld. Der städtische Anteil am Bau der Kombilösung liegt nach derzeitigen Schätzungen der Stadt bei 367 Mio.

Die Neue Messe wird jährlich mit 13 Millionen € bezuschusst. Für den Stadtgeburtstag im vergangenen Jahr wurden 19 Mio. ausgegeben.



### Wen treffen die Streichungen und Gebührenerhöhungen?

Die Liste der „Grausamkeiten“, die der Gemeinderat für wirtschaftlich schwache Menschen plant, ist lang. Hier ein kurzer Auszug

- Abschaffung der kostenlosen Schoolcard für SchülerInnen,
- Erhöhung des Mittagessen in Ganztageschulen auf 4,10 € ,
- Kürzung des Zuschuss für die Beförderung von Menschen mit Behinderung,
- Erhöhung der Eintrittspreise von Zoo und Freibädern,
- Kürzungen bei der kommunalen Förderung für Langzeitarbeitslose,
- Die Zuwendungen der Stadt für die Wohlfahrtsverbände werden generell um 9 % gekürzt. D.h. Streichungen bei Maßnahmen gegen Jugendgewalt, Straßensozialarbeit, Freizeitpädagogik an Schulen, Beratung für Straßenprostitution, Fanprojekt u.v.m.

Manche StadträtInnen rechtfertigen ihre Zustimmung zum Sparpaket mit der Verantwortung für die nachfolgende Generation. Ihr müsse man einen sanierten Haushalt hinterlassen.

Zählen diese PolitikerInnen den Teil der Kinder, die von Hartz IV jetzt schon kaum leben können, nicht zur nachfolgenden Generation? Wenn die StadträtInnen jetzt deren Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, noch weiter beschneiden, dann heißt das doch nur eins: den armen Teil Karlsruhes hat man längst abgeschrieben. Diese StadträtInnen verstehen sich nur noch als Repräsentanten des wohlhabenden Karlsruhes.